

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge berichte ich Ihnen aus Berlin. In dieser Woche möchte ich Sie über das Energiegesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und das Jahressteuergesetz informieren. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Energiekonzept
2. Haushaltsbegleitgesetz
3. Jahressteuergesetz
2010
4. Relevantes für Mann-
heim und die Region



1. Energiekonzept

Eine wichtige und aus Sicht der Bundesregierung richtungsweisende Entscheidung stellte in dieser Woche die Verabschiedung der Gesetze zum Energiekonzept dar. Bei diesem Gesetzesbündel handelt es sich um eine bis in das Jahr 2050 reichende energiepolitische Gesamtstrategie, die eine wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung garantiert. Das Konzept ist eine Richtungsentscheidung, die den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien bereitet. Die konventionellen Energieträger werden in einem dynamischen Energiemix sukzessive durch erneuerbare Energien ersetzt. Durch die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken verschafft sich die Bundesregierung auch den finanziellen Spielraum, nachhaltig in erneuerbare Energieträger zu investieren. Das Gesamtkonzept berücksichtigt dabei nicht nur umweltpolitische, sondern auch haushaltspolitische und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte gleichermaßen. Die Schaffung einer finanziellen Reserve für die Weiterentwicklung eines immer wichtiger werdenden Wirtschaftszweiges im Bewußtsein der klimatischen Herausforderungen ist eine politische und gesellschaftliche Notwendigkeit, der im Energiekonzept ausgewogen Rechnung getragen wird. Das Energiekonzept wird durch ein 10-Punkte-Sofortprogramm ergänzt, das besonders vordringliche Maßnahmen umfaßt, die bereits bis zum Ende des Jahres 2011 realisiert werden sollen.

2. Haushaltsbegleitgesetz

Im Parlament wurde diese Woche ebenfalls das Haushaltsbegleitgesetz 2011 verabschiedet. Dieses Gesetz soll garantieren, daß der Bund die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse und die Zusage gegenüber der Europäischen Union einhält, spätestens im Jahr 2013 das 3%-Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erreichen. Durch das sozial ausgewogene Haushaltsbegleitgesetz wird rund ein Drittel des von der Bundesregierung Anfang Juni beschlossenen Zukunftspaketes mit einem Gesamtvolumen von rund 82 Milliarden Euro für die Jahre 2011 bis 2014 umgesetzt. Mit dem Zukunftspaket leitet die christlich-liberale Bundesregierung eine wachstumsfreundliche Defizitreduzierung ein, was uns auch von anderen Ländern und internationalen Organisationen Anerkennung eingebracht hat. Damit zeigt die Bundesregierung, daß sie sich ihrer Verantwortung vor künftigen Generationen bewußt ist. Das Haushaltsbegleitgesetz ist ein wichtiger Schritt, die Schuldenlast zu reduzieren. Weitere Maßnahmen im Rahmen des Zukunftspaketes werden im Zuge der allgemeinen Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2011 beschlossen werden.

3. Jahressteuergesetz 2010

Die dritte wichtige Entscheidung dieser Parlamentswoche war die Verabschiedung des Jahressteuergesetzes 2010. Damit folgt der Bundestag Maßnahmen, die sich aus Gerichtsurteilen, EU-rechtlichen Vorgaben und Anregungen aus der Verwaltung und von Verbänden ergeben haben. Das Regelwerk umfaßt insgesamt 180 Maßnahmen: So wurde unter anderem beschlossen, daß bei nicht privatrechtlich organisierten Banken, das heißt Sparkassen, Volksbanken und Versicherungen, die Auslagerung von Finanzdienstleistungen nicht umsatzsteuerlich berührt wird. Des weiteren werden eingetragene Lebenspartnerschaften mit Ehegatten im Erbschaftssteuer-, Schenkungssteuer- und Grunderwerbssteuergesetz gleichgestellt. Hierdurch

trägt die von CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung einem fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel Rechnung, ohne die traditionelle Familie steuerlich zu diskriminieren. Im Rahmen dieses Regelungskatalogs wurde auch die Mitteilungspflicht bei Geldwäsche als Ordnungswidrigkeit ausgeweitet, um strafrechtlich effizienter gegen das organisierte Verbrechen vorgehen zu können.

4. Relevantes für Mannheim und die Region

Lärmschutzmaßnahmen für Mannheim-Alteichwald

Über die Entscheidung der Deutschen Bahn, aktive Lärmschutzmaßnahmen in Mannheim-Alteichwald durchzuführen, bin ich sehr zufrieden. Ich habe mich seit langer Zeit dafür eingesetzt, eine Lösung für die nicht hinnehmbare Lärmbelastung der Anwohner zu finden. Schalltechnische Untersuchungen der Deutschen Bahn haben nun ergeben, daß aktive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich sind, um die Lärmbelästigung für die Anwohner zu reduzieren. Wie mir die DB Projektbau GmbH auf meine Anfrage hin mitteilte, sollen zwei Lärmschutzwände mit einer Länge von zusammen 970 Metern und einer Höhe ab Schienenoberkante von drei Metern errichtet werden. Derzeit wird die technische Planung durchgeführt, so daß die Bundesmittel rechtzeitig zum geplanten Baubeginn im Jahre 2012 beantragt werden können. Ich habe mich mehrmals vor Ort über die Situation informiert und halte die Entscheidung der Deutschen Bahn für erforderlich, um die Beeinträchtigungen für die Anwohner auf ein akzeptables Maß zu reduzieren.

Bund fördert Schlüsseltechnologien – Roche unter den Gewinnern der zweiten Wettbewerbsrunde

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat mir mitgeteilt, daß die Roche Diagnostic GmbH unter den Gewinnern der zweiten Wettbewerbsrunde des Spitzencluster- Wettbewerbs ist. Unter dem Motto „Mehr Innovation. Mehr Wachstum. Mehr Beschäftigung“ hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007 den Spitzencluster Wettbewerb erstmals ins Leben gerufen. Mit diesem neuartigen Instrument der Innovationspolitik will die Bundesregierung die leistungsfähigsten Technologie- Cluster Deutschlands identifizieren und auf ihrem Weg an die Weltspitze unterstützen. Zu den Gewinnern der zweiten Wettbewerbsrunde vom Januar 2010 gehört auch der baden-württembergische Hightech- Cluster MicroTEC Südwest, zu dem 340 Clusterakteure gehören. MicroTEC Südwest hat sich auf die Entwicklung und marktreife Umsetzung hochinnovativer Microsysteme spezialisiert, eine Schlüsseltechnologie, die in der Automobilindustrie, in der Medizintechnik und im Anlagen- und Maschinenbau Anwendung findet. Mit den gewonnenen Fördermitteln in Höhe von rund 40 Millionen Euro kann jetzt die konkrete Projektarbeit in vielversprechenden Forschungs- und Entwicklungsprojekten begonnen werden. Die Roche Diagnostic GmbH ist an dem Projekt SmartDosing beteiligt und erhält hierfür über eine halbe Million Euro Fördermittel. Ich beglückwünsche die Roche Diagnostics GmbH und den Hightech-Cluster MicroTEC zu diesem Gewinn und freue mich, daß Fördergelder nach Mannheim gehen. Zukunftstechnologien dürfen nicht vernachlässigt werden, da sie unserer Stadt viele Arbeitsplätze sichern und ihre künftige Bedeutung weiter wachsen wird.

Abzug der amerikanischen Streitkräfte: Jüttner begrüßt geplante Transfersgesellschaft

Ich habe mich in einer parlamentarischen Anfrage an die Bundesregierung gewandt, um in Erfahrung zu bringen, welche Maßnahmen der Bund unternimmt, den Stellenabbau von Zivilpersonal bei den amerikanischen Streitkräften in Mannheim so sozialverträglich wie möglich zu gestalten. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Steffen Kampeter MdB, teilte mir mit, daß das bei der amerikanischen Armee beschäftigte Personal sowohl dem „Tarifvertrag zur sozialen Sicherung der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ aus dem Jahre 1971 unterliegt als auch dem „Tarifvertrag über Rationalisierungs-, Kündigungs- und Einkommensschutz“, den die Bundesregierung im Jahre 1997 mit den Stationierungsstreitkräften abgeschlossen hat. Diese beiden Tarifverträge enthalten eine Vielzahl von Überbrückungshilfen und weiteren Maßnahmen, um den Stellenabbau so sozialverträglich wie möglich zu gestalten. Besonders erleichtert hat mich die Mitteilung, daß das Hauptquartier der US Army Europe in Aussicht gestellt hat, in Mannheim eine Transfersgesellschaft einzurichten, um die Eingliederung von betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Ich unterstütze die Einrichtung einer Transfersgesellschaft sehr. Zusammen mit den beiden bestehenden Tarifverträgen garantiert eine solche Transfersgesellschaft zumindest einen sozial ausgewogenen Stellenabbau in dieser ansonsten für die Stadt Mannheim und die gesamte Region so schwierigen Entscheidung.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de